

20 Jahre Zukunftsforum Familie e. V.:

20 Jahre Einsatz für eine solidarische, geschlechtergerechte und vielfaltsorientierte Familienpolitik!

Mitgliederversammlung, 10. Oktober 2022

"Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken." Dieser weite und zugleich verbindliche Familienbegriff bildet seit 20 Jahren Leit- und Handlungsprinzip des Zukunftsforum Familie (ZFF). Im Jahr 2002 wurde das ZFF von der Arbeiterwohlfahrt als eigenständiger familienpolitischer Fachverband gegründet und hat sich mittlerweile zu einem starken Verband mit zahlreichen Mitgliedern innerhalb und außerhalb der AWO entwickelt.

Seit 20 Jahren setzen wir uns dafür ein, dass politische Rahmenbedingungen der Vielfalt des Familienlebens Rechnung tragen, denn Familie bestimmt sich durch die verbindliche Übernahme von Sorge füreinander. Die Übernahme von familiärer Sorgeverantwortung ist Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Haushalt, Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen sind daher keine Privatsache, sondern eine politische Frage des sozialen Miteinanders. Daher kämpfen wir von Beginn an für gesellschaftliche Bedingungen, welche die gute Absicherung von Fürsorge für sich selbst und andere, unabhängig von Geschlecht, Einkommen und sexueller Orientierung oder Identität, in den Mittelpunkt stellen.

Unsere langjährigen Forderungen nach flexiblen Elterngeld-Modellen oder der „Ehe für Alle“ sind mittlerweile Realität geworden. Das Konzept der Kindergrundsicherung, das seit über zehn Jahren mit Verbündeten entwickelt und öffentlich vorangetrieben wurde, steht im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Damit kommen wir der nachhaltigen Bekämpfung von Kinderarmut hoffentlich einen deutlichen Schritt näher.

Die gegenwärtige Lage zeigt uns aber auch, dass unsere starke Stimme weiterhin gebraucht wird: Wir stecken immer noch in der Corona Krise, die uns bestehende strukturelle Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Familien deutlich vor Augen führt. Steuern wir jetzt nicht konsequent dagegen, wird die Energiekrise noch mehr Menschen in Existenznöte bringen. Daher dürfen diejenigen, die am stärksten von den gegenwärtigen Krisen betroffen sind, politisch nicht aus dem Blick geraten: Arme Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit bleibt unser erklärtes Ziel für eine bessere Zukunft des Familienlebens! Dies bedeutet auch, dass der notwendige ökologische Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft soziale Herausforderungen erkennt und ihnen solidarisch begegnet.

Auch müssen politische Maßnahmen weiter darauf geprüft werden, ob sie geschlechtergerecht ausgestaltet sind. Dazu gehören gute Rahmenbedingungen für privat wie professionell erbrachte Sorgearbeit. Dabei ist es die Aufgabe von Politik möglich zu machen, dass alle Geschlechter Sorge- und Erwerbsarbeit zur eigenständigen Existenzsicherung in ihr Leben integrieren können.

Darüber hinaus sind für uns die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Schutz, Förderung und Beteiligung untrennbar mit einem guten Familienleben verbunden und müssen endlich im Grundgesetz verankert werden.

Darum erneuern wir unsere Forderungen nach einer solidarischen, existenzsichernden, geschlechtergerechten und vielfaltsorientierten Familienpolitik. Nur so schaffen wir gemeinsam eine familiengerechte Gesellschaft.